

## ROLAND CLAUS

# Was wollen die Reformer?

### *Die Reformer*

Wenn ich den Begriff *Reformer* verwende, geht es mir nicht um eine erneute Neu-Aufteilung der PDS, auch nicht um die Vereinnahmung von Menschen, auch nicht um die Einladung zum Trittbrettfahren, wohl aber um die Beschreibung einer Denkart, eines Leitfadens. Ich könnte auf diesen einleitenden Satz verzichten, wenn Mißverständnisse aus der Mode wären. So, aber nun zum Thema: Was haben wir uns gegen den Begriff *Reformer* gewehrt. Die so Bezeichneten etwas kokett, die anderen mitunter feindbildartig. Es ist an der Zeit, den Begriff wirklich anzunehmen. Es geht uns nicht allein so, daß treffende Bezeichnungen von den Medien, von der interessierten Öffentlichkeit geprägt werden. Anfangs meinte der Reformer-Begriff die Reform, aus der SED heraus eine moderne linke sozialistische Partei zu bilden. Obwohl die SED für viele Linke eine politische Heimat war, als Gesamtpartei war sie keine Ostlinke. Der Reformer-Begriff überdauerte den Gründungsprozeß, weil er zur Unterscheidung von Strömungen innerhalb der PDS benutzt wurde.

Reformer sein bedeutet, die reale Gesellschaft so anzunehmen, wie sie ist, sie dennoch nicht als Schlußpunkt der Geschichte zu verstehen, wohl aber die Chance der Veränderung der Gesellschaft mittels Transformation anzuerkennen. Reform-verneinende Gesellschaftskritik bedeutet demgegenüber, die Gesellschaft zunächst nach eigener Ansicht zu interpretieren, um dann zur Änderung des selbstgeschaffenen Bildes von der Realität zu schreiten. Da nun jegliche Betrachtung der »realen Gesellschaft« immer individuell, subjektiv geprägt bleiben wird, ist diese von mir vorgenommene Unterscheidung freilich nicht »beweisbar«. Und mit der häufig zu hörenden Aussage »Das ist bei mir aber so angekommen« kann demzufolge hartnäckig und unwiderrufbar jede – also auch diese – Botschaft interpretiert oder umgedeutet werden. Die Linke sollte aber die Frage nicht scheuen, wieviel Übereinstimmung sie mit der überwiegend in der Gesellschaft anzutreffenden Wahrnehmung von Ereignissen gemein hat, zum Beispiel in der Freude über einen Sieg der Fußball-Nationalmannschaft.

Sozialistische Reformpolitik bedeutet, sich vom geistigen Avantgardismus, der uns fast alle geprägt hat, Schritt für Schritt zu verabschieden. Es war 1989 leichter, die Waffen abzugeben, als die geistigen Arsenalen zu entrümpeln. Was haben wir trefflich über André Bries *Ankommen in der Gesellschaft* debattiert: mit dem neu erworbenen VW zur PDS-Versammlung – und dann gegen Brie und

Roland Claus – Jg. 1954; Dipl.-Ing.-Ökonom, von Oktober 2000 bis September 2002 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag; zuvor Landesvorsitzender der PDS in Sachsen-Anhalt. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Die Linke und die Macht, Heft 141/142 (Juli/August 2002).

»Was machst du eigentlich gerade? Wodurch entsteht der Eindruck, daß die Reformer sich und die Partei aufgegeben haben? Wir wissen jetzt so etwa, was ihr Reformer nicht wollt, aber was *wollen* die Reformer? Was ist es, was euch unterscheidet? Warum seid ihr so niedergeschlagen seit dem Parteitag von Gera? Glaubst du noch, daß wir es wieder schaffen?« Das sind die mir in den vergangenen Wochen besonders häufig gestellten Fragen. Ich will eine Antwort versuchen.

die Ärzte am Krankenbett gewettert! – Der Reformer-Begriff bleibt eine Abstraktion. Dennoch kann er helfen, Denkansätze, Beurteilungen und eigene Entscheidungen genauer zu fassen. Die selten in aller Offenheit gestellte, aber wohl doch entscheidende Frage lautet: Was war oder ist besser für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ideen: die untergegangene DDR oder der reale Kapitalismus der Bundesrepublik?

Die Reformer akzeptieren die Bedingungen der Bundesrepublik und halten die Gesellschaft für transformationsfähig. Folgerichtig werden sie dafür kritisiert, ihren Frieden mit dieser Gesellschaft machen zu wollen. Die Reformer haben deshalb ihr Bekenntnis zur »neuen Ordnung« in verklausulierte Formeln wie »Entwicklungspotentiale dieser Gesellschaft« u. ä. verpackt. Ihren Frieden mit dieser Gesellschaft zu machen heißt für die Reformer, sie anzunehmen, um sie zu verändern. Und man lese und staune über die Veränderungen *dieser* Gesellschaft seit der *Spiegel*-Affäre vor 40 Jahren. Erfolgreiche Politik ist nur möglich, wenn sie vom Boden der Realitäten aus entwickelt und betrieben wird, und diese Realität ist nun einmal kapitalistisch geprägt. Die Reformer haben das bisher nicht deutlich genug gesagt, aber daran kommen wir nicht vorbei.

Dabei darf selbstverständlich nicht verkannt werden, daß die BRD des Jahres 2003 eine andere ist als die des Jahres 1990. Dennoch bleibt die für Sozialisten bittere Erkenntnis, daß die DDR 1989 für die Verwirklichung sozialistischer Ideen nicht mehr offen war, sondern sich selbst im Wege stand. Dies festzustellen bedeutet nicht, den Versuch einer realen gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus gering zu schätzen.

Der Reformer-Begriff, ob er nun als Kompliment oder als Feindbild daher kommt, bleibt ein abstraktes, dennoch wichtiges Mittel bei der Einteilung von Denkansätzen, zum Teil auch Gruppierungen in der PDS. Die Reformer hatten immer die *Definitions*-Macht über die PDS, weil sie den Zugang zu den Medien hatten. Die Reformer waren und sind für die Erfolge der PDS zuständig, dafür wurden sie akzeptiert. Das bedeutet nicht, daß andere Genossinnen und Genossen nicht maßgeblich an den Erfolgen beteiligt gewesen wären, aber für die qualitativen Durchbrüche waren die Reformer verantwortlich.

Interessanterweise erzielten die Reformer beachtliche Erfolge häufig mit ausgesprochen traditioneller Politik, mit Widerstand (Hungerstreik), mit Verweigerung (Einigungsvertrag). Ein markantes Beispiel dafür ist der Satz: »Heute hat es der Gysi *denen* aber mal wieder gegeben.« Tatsächliche Reformkonzepte hingegen wurden weniger populär. Viele PDS-Anhänger fühlen sich von gesellschaftlichen Negativ-Entwicklungen durchaus in der Richtigkeit ihrer Gesellschaftskritik bestätigt, fordern aber von Amtsträgern ihrer Partei zugleich den Erfolg auf der ganzen Linie ein. Dabei wird oft verkannt, daß Emanzipation und soziale Gerechtigkeit derzeit nur *gegen* den Trend durchgesetzt werden können.

Die PDS braucht langfristig eine produktive Aneignung des Reform-Begriffes für die gesamte Partei, zunächst jedoch die »Benutzung« der Reformer für den Wieder-Zugang zur Öffentlichkeit. Man muß die Reformer (noch) nicht mögen, aber man darf sie nach ihrer Niederlage nicht für entbehrlich halten. Wenn es richtig ist, daß die

Konkrete Reformpolitik wird immer eine sich ergänzende Mischung aus Widerstand, gedachten Alternativen und Mitgestaltung konkreter Lebensprozesse sein. Es geht *nicht* um die Frage *Opposition oder Gestaltung*. Erfolgreiche Bundesparteien können beides zugleich.

Angesichts der Wahlniederlage am 22. September 2002 waren die Reformer nicht in der Lage, ihren wirklichen Einfluß in der Partei richtig einzuschätzen. Bereits vor der Bundestagswahl war ein Prozeß der inneren Auflösung des Reformerlagers in Gang gekommen.

SPD und PDS werden sich trotz mancher inhaltlicher Nähe auf lange Sicht unterscheiden, ob und wie sie die konservative Hegemonie im Denken, Wirtschaften und Verteilen eindämmen und überwinden wollen. Die PDS muß darauf achten, daß zwischen einer SPD der Mitte und einer tradiert links verorteten PDS noch interessierender Einfluß auf Bürgerinnen und Bürger und nicht nur Sprachlosigkeit entsteht.

Vgl. die Beiträge von Dietmar Wittich, Hans Thie und Paul Schäfer in *UTOPIE kreativ*, Heft 146 sowie die an anderer Stelle veröffentlichten Stellungnahmen von Dietmar Bartsch, Wolfgang Gehrcke, Richard Stöß u. a.

Ich gehe davon aus, daß die Koalition auf Bundesebene bis 2006 hält. Nicht, weil sie so erfolgreich wäre, sondern weil fast alle anderen politischen Kräfte zur Zeit kein wirkliches Interesse haben, Schröder abzulösen. Allerdings muß die PDS auch auf den von Jürgen Reents im *Neuen Deutschland* beschriebenen Fall früherer Neuwahlen vorbereitet sein.

Partei nur *miteinander* aus der Krise kommen kann, muß zumindest ein instrumentelles Verhältnis zu den Reformern hergestellt werden. Es braucht dafür Zeichen, Symbole, öffentlich erkennbare Schritte. Schließlich ist es aber für die Entwicklung einer wirklich einflußreichen sozialistischen Partei unerlässlich, den Reformations- und Transformationsanspruch insgesamt anzunehmen. Bleibt die bange Frage: Was sind wir dann anderes als Sozialdemokraten?

Ich habe nach vier Jahren im Bundestag nicht die Sorge, daß es zu Verwechslungen von SPD und PDS kommen könnte. Die Abgrenzungssucht ist eine Untugend der tradierten Linken. Nur wer stets ganz anders als alle anderen sein will, hat Probleme mit inhaltlicher Nähe. Kein Liberaler, sobald er konservative Anschauungen gutheißt, käme in den Verdacht, gerade in die CDU gewechselt zu sein.

### *Die Niederlage von 2002*

Die Niederlage, ihre Ursachen und Auswirkungen sind vielfach treffend beschrieben worden. Bezeichnend für die tradierte Linke aber ist der überwiegend undialektische Umgang mit dem Scheitern bei der Wahl. Was haben wir uns beschwörend versichert, daß es nach dem Ämterwechsel an der Spitze von Partei und Fraktion nicht vorrangig um einen Personalwechsel, sondern um eine *Zäsur* in der PDS geht. Wir wollten von der *Phänomen-* zur *Gebrauchswert-Partei* werden, um auf Dauer in der gesamten Republik für den Lebensalltag sehr vieler Bürgerinnen und Bürger attraktiv zu sein. Gemessen an der Größe dieser Aufgabe wird möglicherweise eines Tages die Niederlage relativiert werden, zumal äußere und innere Faktoren in den entscheidenden Wochen vor der Wahl den Abwärtstrend verstärkten. Die Niederlage ist unser *Problem*, ihre Nicht-Bewältigung kann unser *Ende* sein.

Ich erlebe einen recht unterschiedlichen Umgang mit Krise und Niederlage im Verhalten von Frauen und Männern in der PDS-Klientel. Bei Männern ist das Recht-Haben-Syndrom ausgeprägt, während Frauen sinnlicher die Überwindung der Krise im Auge haben. Wir sollten also auf die Frauen hören! Keiner von uns kann heute schlüssig den Beweis führen, daß es einen gesellschaftlichen Gebrauchswert der PDS tatsächlich gibt. Aber auch das Gegenteil kann nicht bewiesen werden. Deshalb gilt das Prinzip Hoffnung. Aber Hoffnung allein setzt *Aufstehen* nicht in Gang.

Vergleiche zum Herbst 1989 liegen nahe. Aber im Unterschied zur gescheiterten SED hat die PDS inzwischen die Aufgabe, eine Balance von Bewahrung und Neufindung zu gestalten.

Wir dürfen auch nicht versuchen, wieder so zu werden, wie wir erfolgreich in den 90er Jahren waren. Es rettet uns kein höh'eres Wesen, auch nicht Gregor. So sehr ich dafür eintrete, die zum Teil diffamierende Art im Umgang mit Gregor Gysi abzustellen, so deutlich muß gesagt werden, daß weder Gregor noch eine ihm gedachte *neue Partei* den Laden retten kann. Wir brauchen Gregor wieder auf der PDS-Bühne, aber es kann nicht mehr allein die *Schau-Bühne* sein. Die unstrittig entscheidende Frage heißt: Was müssen wir *heute* tun, um 2006 erfolgreich zu sein?

Heute für den Erfolg von morgen zu handeln, bedingt, die politische Entwicklung einigermaßen präzise zu prognostizieren. Die

CDU kann ihre Zugewinne nicht strategisch verwerten. Die Leute wählen mehr CDU, und es wird sich nichts ändern. Damit wird im Westen ein noch dynamischeres Wählerinnen- und Wählerverhalten entstehen als bisher. Die Gefahr von Rechtspopulismus ist nicht gebannt, sie wird anwachsen. Zu viele bisher sozial Gesicherte erleben eine unerwartete Verunsicherung. Der »Steuersong« meint nicht nur Schröder, sondern das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie überhaupt.

Kurzfristig spricht eine solche Entwicklung für mehr Radikalität und Linkspopulismus. Dazu muß die PDS im Falle vorgezogener Bundestagswahlen auch in der Lage sein. Auf längere Sicht aber muß die PDS über den »Motzfaktor« hinaus Vertrauen in ihre gesellschaftliche Mitgestaltungsrolle – die Widerstand einschließt! – gewinnen.

### *2003 und der Wahlsieg 2006*

Gewiß brauchen wir auch eine Ost-Revitalisierung der PDS. Schließlich haben viele *Ossis* auch etwas »gut zu machen«. Solange wir im Westen als 1-Prozent-Sekte agieren, geht es gar nicht anders. Eine Dauerlösung ist das aber nicht. 15 % Ost und 3 % West sollten eine neue Zielmarke für die PDS 2006 sein.

Innerparteilich muß die mit Gera verbundene Kommunikationsbarriere überwunden werden, um einer schleichenden Spaltungsgefahr zu entgehen. Das geht nur, indem »von beiden Seiten« Brücken gebaut werden. Dafür gibt es zur Zeit viel Bereitschaft. Es ist eine Art »Abrüstung« in der PDS anzutreffen. Die Logik darf nicht heißen: Bist du für oder gegen Gera? Wenn von den Reformern verlangt wird, daß sie als reuige Sünder in den Schoß der Partei zurückkehren, machen sich alle lächerlich. Wenn die Reformer darauf bestehen, doch alles richtig gemacht zu haben, ist das nur ein neuer Avantgardismus.

Nach dem nächsten Bundesparteitag brauchen wir die Schlagzeile »Die Heimkehr der Reformer«. Das geht ohne Selbstbetrug aber nur, wenn in den nächsten Wochen dafür die Weichen gestellt werden. Auch hier gilt: Weite Wege beginnen mit dem ersten Schritt (in die richtige Richtung). Mehrheit und Minderheit von Gera können sich in noch so vielen Gremien und Plattformen aus dem Wege gehen, *zueinander* bringt das nicht. Ein exponiert wahrnehmbares öffentliches Gespräch von Vertreterinnen und Vertretern der Mehrheit und der Minderheit wäre ein gutes Signal.

Ebenso hilfreich wäre die Fortsetzung von *FORUM 2000plus!* – sowohl als Botschaft an die Öffentlichkeit als auch an die Mitglieder der Partei. Hier wäre eine geeignete Beteiligungsmöglichkeit für die Abgeordneten und Mitarbeiter der ehemaligen Bundestagsfraktion gegeben. Solche Schritte mit Symbol- und Signalcharakter ließen sich – wenn natürlich auch nicht beliebig – erweitern.

### *Bremen Mai 2003*

Die Bremer Bürgerschaftswahl am 25. Mai ist für die PDS eine große Chance. Für ein erfolgreiches Abschneiden dort bedarf es jetzt der Unterstützung der ganzen Partei und kluger Schritte durch die Bundes-Ebene. Bremen 2003 kann zum Signal der PDS an den

Drei Prozent im Westen verlangen einen faktischen Neubeginn der PDS in den alten Bundesländern.

Ein erfolgreicher Wahlkampf mit bundespolitischer Ausstrahlung verlangt ungewöhnlich couragierte Entscheidungen in den nächsten Wochen. Der Bremer Wahlkampf braucht gute stadtverbundene Themen und eine das Leben im Land *bejahende Ästhetik*.

Westen werden. Durch den Bremer Landesvorstand ist ein guter Vorbereitungsstand erzielt worden. Selbst wenn die Gesamtpartei nichts täte, wäre ein Achtungserfolg möglich.

### *Krieg und Frieden*

Nach dem 11. September 2001 hatten wir uns vorgenommen, zwei Dinge miteinander zu verbinden: unsere Friedensbotschaft *Krieg ist die falsche Antwort auf den Terror* und unsere Bemühungen gegen gesellschaftliche Isolation. Das ist für eine Weile beeindruckend gelungen, aber die Einigung in der Partei war wohl mehr taktischer Natur.

Natürlich sind wir gegen Kriege. Die meisten Menschen im Lande sind das auch. Und trotzdem haben uns zu wenige gewählt. Das hat Gründe, denn: Die Leute wollen vor allem *keinen Krieg* – und *nicht* nur eine *Partei*, die keinen Krieg will und ihn doch nicht verhindern kann. Wenn wir wirklich wollen, daß ein Krieg gegen den Irak abgewendet wird, muß auch alles unsere Unterstützung finden, was dazu beitragen kann, den Krieg zu verhindern. Wir müssen es noch besser lernen, Menschen für aktive Friedensbewegung zu gewinnen. Manches, was wir als Friedensdemo ausgeben, wirkt einfach nicht werbend, sondern abschreckend. Laut und deutlich soll es schon zugehen, aber eben nicht abschreckend. Wenn aus der Partei heraus der Eindruck entsteht, daß uns der Kampf gegen die Regierenden wichtiger ist als die Abwendung von Kriegen, dann merken das die Leute und wenden sich ab.

### *Demokratischer Sozialismus in Gestalt*

Die Zeit ist reif, die Gesellschaft ist emanzipiert und reif genug, um die großen Ideale *Freiheit* und *Gerechtigkeit* zusammen zu bringen und nicht länger gegeneinander zu stellen.

Demokratische Sozialistinnen und Sozialisten müssen den Mut erst noch aufbringen, Menschen auch Sozialismus zuzutrauen, das heißt, ihnen die Freiheit zu lassen, Beziehungen zueinander so zu gestalten, daß Gerechtigkeit nicht verordnet, sondern mehrheitlich gewollt wird, und daß Freiheit nicht durch himmelschreiendes Unrecht begrenzt und vernichtet wird.

Wir müssen lernen, Sozialismus »von unten« zu denken – zum Beispiel bei der Verfügung über Grund und Boden in der Hauptsache durch regionale/örtliche Entscheidungsträger/innen. Die meisten unserer Alternativen zum herrschenden Kapitalismus sind Modelle des Obrigkeitssozialismus. Wir wollen per Gesetz und Ordnung über die Ansammlung von Geld und Macht verfügen, um sie dann von der Bundesebene als Wohltat, als Segen von oben, verteilen zu können. Gegenentwürfe bester kommunistisch-sozialistischer Tradition (Robert Havemann, Rudolf Bahro) bleiben bislang suspekt. Wenn es ernst wird bei uns, stehen die individuellen Freiheitsrechte hinten an, sind sie weniger geachtet als soziale Grundrechte. Ein neuer Gesellschaftsvertrag müßte von der Frage ausgehen: Wieviel Staat wollen sich Staats- und Gemeindebürger/innen leisten? Der nächste Sozialismus wird ein *libertärer Sozialismus* sein, oder er wird abstraktes und unwählbares Gedankenkonstrukt bleiben.

All dies wollen wir mit dem neuen PDS-Programm klären. Die Gefahr liegt nahe, daß wir die Programmdiskussion überfrachten, wer immer auch im Parteivorstand agiert. Das ist vielleicht aber nicht so schlimm, denn mit interner Überfrachtung haben wir Erfahrung. Der von Gabi Zimmer seinerzeit in Dresden vorgestellte Programm-Entwurf braucht gewiß Veränderungen, aber nicht im Sinne einer Rücknahme seiner *Grund-Substanz*. Wenn beispielsweise die Anteilsnahme an *Freiheitsgütern* herausredigiert werden würde, so wäre dies ein zerstörender Verlust. In der Programmdebatte selbst sollten wir die Begegnung mit einer kritischen Öffentlichkeit beför-

dem und diese nicht scheuen. »Ein bißchen kritisch« zu sein reicht da nicht.

### *Der nächste Parteitag kommt bestimmt*

Er sollte auch nicht Sonderparteitag heißen, sondern regulär stattfinden, was ja jederzeit möglich, wenn auch nicht beliebig oft bezahlbar ist. Ein Einberufungsbeschluß des Parteivorstandes und des Parteirates könnte die notwendige Wirkung auf die Partei haben, sich zusammenzureißen. Die Mehrheit von Gera sollte klar stellen, daß sie gewillt ist, die Sprachlosigkeit der Partei aufzuheben. Und die Minderheit sollte deutlich signalisieren, daß die »Trotz-Phase« vorüber ist. Ein »Schließt-euch-wieder-in-die-Arme«-Parteitag kann es aber auch nicht sein. Schritte aufeinander zu sind nötig. Die akute Gefahr einer Sektifizierung der PDS darf nicht unterschätzt werden.

Die Parteivorsitzende, der Parteivorstand, auch die Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker in den Ländern müssen personell den Weg bereiten, um bei den Wahlen im Jahr 2004 die erforderlichen Signale für einen neuen Aufbruch der PDS auszusenden. Genossinnen und Genossen, die besonderen Medien-Zugang haben (u. a. Petra Pau, Gesine Löttsch, Petra Sitte, Peter Porsch, Angelika Gramkow, Lothar Bisky, Wolfgang Methling) sollten ihr Agieren in einer Extra-Konsultation mit der Parteivorsitzenden regelmäßig beraten. Wenn der Termin des nächsten Parteitages bestimmt ist, sollten Parteivorstand, Wahlbüro und Landesvorsitzende eine konkrete Wochenplanung gezielter Initiativen vornehmen. Beachte: Ohne *Spiel-idee* taugt Aktionsplanung gar nichts. Ohne Form hat nichts auch wirklich einen Sinn oder Inhalt.

In diesem Zusammenhang ist auch die Agentur-Frage zu entscheiden. Das *corporate design* der PDS entsteht nicht als Zufallsprodukt. *Trialon* wäre in der Lage, etwas Neues auf den Weg zu bringen, das die 12jährige Erkennungsmelodie der PDS nicht abrupt konterkariert, sondern Bewahrung und Erneuerung umfaßt. Das Produkt wäre in ein bis zwei Jahren dennoch ein *neues*. Die Konsumenten unseres Erscheinungsbildes können nicht von heute auf morgen »umgepolzt« werden. Schließlich ist bei konkreter Initiativen-Planung zu beachten, daß wir selbst die uns von Wählerinnen und Wählern zugesprochene Bedeutung annehmen.

Unsere Vorsitzende hat nicht das gleiche politische Gewicht wie Angela Merkel. Das merkt man unseren Presseerklärungen noch nicht an.

Zu konkret, zu detailliert dies Letzte für einen Zeitschriftenartikel? Ich verweise auf die eingangs gestellten Fragen.

Der nächste Parteitag ist nicht die »Rache der Reformer für Gera«. Weder sollte die Mehrheit von Gera den Eindruck erwecken, als hätte ihnen die verbohrt Minderheit den Parteitag eingebrockt, noch sollten die Reformer den Parteitag für sich instrumentalisieren.

Elemente einer solchen Wochenplanung ausgewählter Initiativen könnten sein: Mehrheit trifft Minderheit; Die PDS trifft sich in Bremen; Talkshow bei H. D. Schütt; Die Landesparteitage und der jeweilige Beitrag zur Bundespolitik; Sachsen, Thüringen und Brandenburg vor ihren Landtagswahlen; Direktwahlen für ausgewählte Ämter (z. B. Bürgermeisterwahl in Sangerhausen am 15. Mai). Natürlich: gut überlegte Anti-Kriegs-Aktionen; Neues aus unseren Regierungsbeteiligungen.